

Billiger Strom für Arme

Die Linke fordert Sozialrabatt von 20 Prozent

MAIN-KINZIG. Beziehervon Arbeitslosengeld-II, Sozialhilfe und geringer Rente sollen auf ihre Stromrechnung 20 Prozent Nachlass von den Kreiswerken erhalten, das fordert die Kreistagsfraktion Die Linke. Fraktionschef Andreas Müller will in der Kreistagssitzung am 22. Februar einen entsprechenden Antrag vorlegen.

Müller verweist bei der Forderung seiner Fraktion auf die Empfehlung des Sozialverbandes VdK und auf „positive Beispiele“ aus der Wirtschaft. So gewähre die Deutsche Telekom einkommensschwachen Kunden eine Ermäßigung von 42 Prozent und der Energielieferant Eon Bayern einen Nachlass von neun Euro auf die monatliche Grundgebühr. Der Stromproduzent habe den Sozialtarif bereits 10 000 Haushalten zugestanden, berichtet Müller. Die Eon belasse es zudem nicht bei einem Preisabschlag. Der knapp mit

Geld ausgestattete Kunde erhalte eine Energiesparberatung, um die Ausgaben für Strom zu drosseln. Immerhin hat laut Müller ein Einpersonenhaushalt unter Hartz-IV durchschnittlich nur 20 Euro für die Stromrechnung übrig.

Hinsichtlich der steigenden Energiepreise fordert die Linke auch die Vermieter von Wohnungen unter Sozialbindung zum Handeln auf, die Gebäude energetisch zu sanieren oder Niedrigenergiehäuser zu errichten. Müller verlangt bis dahin, dass der Kreis Nachzahlungen von Mietern mit Hartz-IV-Bezug neu bewertet.

Vergangene Woche stellte die Links-Fraktion im Hanauer Stadtparlament einen ähnlichen Antrag für einen Sozialtarif beim Strom. Eine Mehrheit ergab sich nicht. Ein SPD-Vertreter meinte, es sei Sache der Bundesregierung den allgemeinen Warenkorb für Hartz-IV neu zu berechnen. sun

FR: Mo., 04.02.2008